

Stand: 27.06.2026 03:24:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11972

"Psychische Beanspruchung und Präventionsmaßnahmen für Ärzte und Pflegepersonal in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11972 vom 11.05.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/12526 des GP vom 19.05.2026



Antrag

der Abgeordneten **Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler, Elena Roon, Franz Schmid** und **Fraktion (AfD)**

Psychische Beanspruchung und Präventionsmaßnahmen für Ärzte und Pflegepersonal in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention umfassend Bericht zu erstatten, welche Erkenntnisse zur psychischen Belastung und zur psychischen Gesundheit von Ärzten und medizinischem Pflegepersonal in Bayern vorliegen, wie etwa der Häufigkeit und Dauer von durch psychische Erkrankungen verursachten Arbeitsunfähigkeitszeiten.

Begründung:

Die psychische Belastung von Ärzten und Pflegepersonal hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Ursachen sind unter anderem Arbeitsverdichtung, Personalmangel, demografischer Wandel, zunehmende Bürokratisierung sowie die Nachwirkungen der Coronapandemie. Diese Entwicklungen gefährden nicht nur die Gesundheit der Beschäftigten, sondern auch die Qualität der medizinischen Versorgung. Ein aktueller Bericht des Regionalbüros der Weltgesundheitsorganisation für Europa, erstellt in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, liefert alarmierende Zahlen. Der Report „Mental Health of Nurses and Doctors“ basiert auf der bislang größten Erhebung zur psychischen Gesundheit von medizinischem Personal in Europa. Zwischen Oktober 2024 und April 2025 wurden über 90 000 Beschäftigte aus 29 Ländern – darunter alle EU-Staaten, Island und Norwegen – befragt. Die Ergebnisse sind besorgniserregend.

32 Prozent der befragten Ärzte zeigten Symptome einer Depression oder Angststörung. Mehr als 10 Prozent gaben an, in den letzten Wochen an Selbsttötung gedacht zu haben. 3 Prozent erfüllten die Kriterien einer Alkoholabhängigkeit. Besonders betroffen sind jüngere Beschäftigte und Frauen. In Deutschland liegt die Prävalenz depressiver Symptome bei 26 Prozent. Gewalterfahrungen im Beruf erwiesen sich als stärkster Risikofaktor: Beschäftigte, die körperliche oder verbale Gewalt erlebt hatten, zeigten doppelt so häufig psychische Probleme wie Kollegen ohne solche Erfahrungen. Fehlt soziale Unterstützung durch Vorgesetzte oder Kollegen, verdreifacht sich das Risiko. Auch regelmäßige Nachtschichten und Überstunden erhöhen das Risiko deutlich.

Demgegenüber zeigen die Daten, dass regelmäßige Unterstützung am Arbeitsplatz einen klaren Schutzfaktor darstellt. Nur 17 Prozent der Befragten mit stabilen Unterstützungsstrukturen zeigten Symptome psychischer Erkrankungen – im Vergleich zu 51 Prozent ohne solche Strukturen. Eine gute Work-Life-Balance und mehr Einfluss auf die eigenen Arbeitszeiten senken das Risiko ebenfalls deutlich. Diese Erkenntnisse sind auch für Bayern von hoher Relevanz. Zwar liegen keine landesspezifischen Daten in vergleichbarer Tiefe vor, doch die bundesweiten Zahlen lassen den Schluss zu, dass

auch in Bayern ein erheblicher Handlungsbedarf besteht. Die psychische Gesundheit von medizinischem Personal muss stärker in den Fokus der Gesundheitspolitik rücken.¹

¹ [Psychische Probleme bei Ärzten und Pflegekräften: WHO mahnt bessere Arbeitsbedingungen an – News – Deutsches Ärzteblatt](#)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

**Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a.
und Fraktion (AfD)**
Drs. 19/11972

Psychische Beanspruchung und Präventionsmaßnahmen für Ärzte und Pflegepersonal in Bayern

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Andreas Winhart**
Mitberichterstatterin: **Dr. Andrea Behr**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 40. Sitzung am 19. Mai 2026 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

Bernhard Seidenath
Vorsitzender